Digitalisierung braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Gemeinsame Position der Verbände zum Trägerrundschreiben 18/2026
Anforderungen an die digitale Durchführung des Deutsch-Tests für den Beruf (DTB)

Die Verbände unterstützen grundsätzlich die Weiterentwicklung und Digitalisierung des Deutsch-Tests für den Beruf (DTB). Die Einführung digitaler Prüfungsformate bietet Chancen für eine zeitgemäße Gestaltung von Sprachprüfungen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung sind jedoch praxistaugliche Rahmenbedingungen, eine angemessene Finanzierung und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Voraussetzungen von Kursträgern, Prüfungsstellen und Teilnehmenden.

Die im Trägerrundschreiben 18/2026 formulierten Anforderungen bringen erhebliche zusätzliche technische, organisatorische und pädagogische Aufgaben mit sich. Diese betreffen insbesondere die Ausstattung der Prüfungsräume, die technische Betreuung, die Vorbereitung der Teilnehmenden und die Bereitstellung von Übungsmöglichkeiten.

Aus Sicht der Verbände dürfen diese zusätzlichen Anforderungen nicht einseitig auf die Kursträger übertragen werden. Ebenso muss sichergestellt sein, dass die Digitalisierung weder die sprachlichen Lernziele der Berufssprachkurse noch die Chancengleichheit der Teilnehmenden beeinträchtigt.

Vor diesem Hintergrund formulieren die Verbände folgende zentrale Forderungen:

1. Angemessene Finanzierung der digitalen Prüfungsdurchführung

Die bisherige DTB-Prüfungspauschale muss an den tatsächlichen Personal- und Sachaufwand angepasst werden. Die zusätzlichen Kosten für technische Vor- und Nachbereitung, Wartung, Geräteausstattung, technische Betreuung und Prüfungsorganisation müssen vollständig berücksichtigt werden. **Wir schlagen einen zusätzlichen Technikzuschlag je Prüfungstermin sowie eine einmalige Anschubfinanzierung für notwendige Investitionen vor.**

2. Eigenständige und vergütete technische Betreuung

Die technische Betreuung muss als eigenständige Funktion neben der Aufsicht vorgesehen werden. Einrichtung, Konfiguration, Funktionsprüfungen, Wartung und Unterstützung bei technischen Störungen können oder dürfen teilweise nicht zusätzlich von Aufsichten oder Prüfungsverantwortlichen übernommen werden, ohne die Prüfungssicherheit zu gefährden. Ein kurzfristig erreichbarer technischer Support muss während sämtlicher Prüfungszeiten, auch samstags, gewährleistet sein. Bei technischen Störungen, die nicht von den Teilnehmenden bzw. der Prüfungsstelle zu vertreten sind, muss eine kostenfreie Nachprüfung ohne zusätzliche finanzielle Belastung der Prüfungsstelle gewährleistet sein.

3. Finanzielle Unterstützung bei der technischen Ausstattung

Die erforderliche Infrastruktur verursacht erhebliche Investitions- und Folgekosten. Dies betrifft Prüfungsgeräte, Ersatzgeräte, Zubehör, Mäuse, Kopfhörer (inkl. Einwegschutz zur hygienischen Nutzung), technische Ausstattung für die mündliche Prüfung sowie zusätzliche Übungs- und Leihgeräte. **Das BAMF muss sich durch Investitionszuschüsse oder eine zusätzliche Geräte-**

bzw. Digitalpauschale an diesen Kosten beteiligen. Auch Wartung, Ersatzbeschaffung und Abschreibung sind zu berücksichtigen.

4. Zusätzliche Finanzierung der digitalen Prüfungsvorbereitung

Die Vermittlung digitaler Kompetenzen ist ein eigenständiges Lernziel und benötigt zusätzliche Unterrichtszeit. Die bestehenden Unterrichtsstunden sind auf die Erreichung der sprachlichen Lernziele ausgerichtet und bieten keinen ausreichenden Spielraum für ein zusätzliches Soft- und Hardware- und Anwendungstraining. **Wir fordern deshalb ein zusätzliches vergütetes Stundenkontingent, beispielsweise 20 bis 40 UE je Kurs, oder ein separat finanziertes, bedarfsgerechtes Vorbereitungsmodul.**

5. Finanzielle Unterstützung der Lehrkräfte bei der Teilnahme an verpflichtenden Fortbildungen

Die Teilnahme an den geplanten Webinaren zur Vorbereitung auf den digitalen DTB ist für Lehrkräfte zwar kostenlos, kann jedoch insbesondere für freiberufliche Lehrkräfte mit Honorarausfällen verbunden sein. **Daher wäre es wünschenswert, Möglichkeiten einer angemessenen Aufwandsentschädigung zu prüfen.**

6. Einsatz von qualifizierten Lehrkräften ohne BSK-Zulassung zur Erlangung digitaler Kompetenzen

Die Erlangung digitaler Kompetenzen sollte nicht zwingend von einer BSK-Lehrkraft im Kurs selbst oder in den angeregten Vorbereitungsmodulen unterrichtet werden müssen. Um Grundlagen zu vermitteln und einen sicheren Umgang mit der Technik zu gewährleisten ist eine BSK-Zulassung nicht ausschlaggebend, es sollten andere Kompetenzen zählen.

7. Keine verpflichtende Bereitstellung zusätzlicher Übungsgeräte ohne Finanzierung

Die Vorgabe, dass Kursträger allen Teilnehmenden geeignete digitale Endgeräte zum Üben zur Verfügung stellen müssen, ist in der derzeitigen Form nicht umsetzbar. Die Bereitstellung von Leihgeräten oder offenen Lernräumen verursacht erhebliche zusätzliche Anschaffungs-, Verwaltungs- und Personalkosten. **Wir fordern deshalb, diese Vorgabe als Empfehlung („nach Möglichkeit“) auszugestalten. Die Nutzung vorhandener Kurs- und Prüfungsgeräte innerhalb der regulären Unterrichtszeit muss als ausreichende Übungsmöglichkeit anerkannt werden.**

8. Verbesserung der Prüfungsplattform und Zulassung von Konzeptpapier

Die fehlenden Möglichkeiten zur Textmarkierung, zum Hervorheben von Schlüsselbegriffen und zum Setzen von Lesezeichen oder die Nutzung eines Konzeptpapiers für Notizen erschweren die Bearbeitung der Aufgaben und machen das Erlernen zusätzlicher Bearbeitungsstrategien erforderlich. Dies kann sich insbesondere bei Teilnehmenden mit geringen digitalen Vorkenntnissen negativ auf die Prüfungsergebnisse auswirken. Zudem entspricht das dadurch erforderliche Vorgehen in der Prüfung nicht den Anforderungen in realen beruflichen

Lebenssituationen, sondern erschwert die Lösung der Aufgaben**. Wir fordern die Einführung entsprechender Funktionen, einschließlich der individuellen Anpassung von Schriftgröße und Kontrast. Darüber hinaus muss gestempeltes Konzeptpapier der Prüfungsstelle zugelassen werden, das nach der Prüfung eingesammelt und vernichtet wird.**

9. Sicherstellung fairer und chancengerechter Prüfungsbedingungen

Die digitale Prüfungsform darf nicht zu einer Benachteiligung von Teilnehmenden mit geringen digitalen Vorkenntnissen führen. **Wir schlagen einen verpflichtenden Readiness-Check mit Erklärvideo und technischer Funktionsprüfung vor.** Die Teilnehmenden sollten bereits vor dem Prüfungstag mit der Plattform vertraut gemacht werden. Ergänzend ist eine kurze Einweisung unmittelbar vor Prüfungsbeginn vorzusehen. **Die Auswirkungen des digitalen Prüfungsformats auf die Bestehensquoten müssen systematisch untersucht werden.**

10. Flexibilisierung der Prüfungstermine

Eine Beschränkung der Prüfungstermine auf Freitag und Samstag erschwert die bedarfsgerechte Planung von Prüfungsräumen, Prüfenden, Aufsichten und technischer Betreuung. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass aufgrund der gestiegenen technischen Anforderungen weniger Prüfungsorte zur Verfügung stehen. **Wir fordern deshalb mehr Flexibilität bei der Terminplanung und die Möglichkeit, zusätzliche Prüfungstermine auch an anderen Wochentagen innerhalb geeigneter Zeitfenster anzubieten.**

11. Ermöglichung trägerübergreifender Kooperationen

Insbesondere kleinere Träger und Prüfungsstellen werden die erforderliche technische Infrastruktur nicht an allen Standorten eigenständig vorhalten können. **Deshalb müssen gemeinsame Prüfungsräume, Gerätepools sowie gemietete und geleaste Geräte ausdrücklich zugelassen werden, sofern die verantwortliche Prüfungsstelle die technischen Vorgaben einhält.** Trägerübergreifende Prüfungen sollten organisatorisch erleichtert und der zusätzliche Verwaltungsaufwand angemessen vergütet werden.

12. Kontinuierliche Begleitung und Weiterentwicklung

Die Einführung des digitalen DTB muss durch einen kontinuierlichen Austausch zwischen BAMF, Prüfungsanbieter und Trägern begleitet werden. **Wir fordern praxisorientierte, finanzierte Fortbildungen für Lehrkräfte, regelmäßige Möglichkeiten zur Rückmeldung praktischer Erfahrungen und eine systematische Evaluation der Auswirkungen auf die Prüfungsergebnisse. Insbesondere die Situation von Teilnehmenden mit geringen digitalen Vorkenntnissen muss dabei berücksichtigt werden.**

13. Übergangsregelung und Einführungstermin

Die verpflichtende Umstellung zum 01.05 27 ist vorgesehen, obwohl die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen noch nicht vollständig geklärt sind. Beschaffung, technische Einrichtung und Personalqualifizierung benötigen ausreichenden Vorlauf. Wir fordern eine

verbindliche Finanzierung vor der verpflichtenden Einführung sowie eine realistische Übergangsfrist mit der Möglichkeit, vorübergehend weiterhin analoge Prüfungen durchzuführen.

Schlussfolgerung: Keine zusätzlichen Anforderungen ohne entsprechende Ressourcen

Die erfolgreiche Einführung des digitalen DTB setzt voraus, dass die technischen, organisatorischen und pädagogischen Anforderungen realistisch und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Rahmenbedingungen der Kursträger und Prüfungsstellen ausgestaltet werden.

Die zusätzlichen Anforderungen dürfen nicht zulasten der sprachlichen Qualifizierung, der Prüfungsqualität oder der Chancengleichheit der Teilnehmenden gehen. Insbesondere dürfen verbindliche Anforderungen an Ausstattung, Unterricht und technische Betreuung nicht ohne entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen auf die Träger übertragen werden.

Die Verbände appellieren daher an das BAMF, die Vorgaben des Trägerrundschreibens 18/2026 gemeinsam mit den Trägern und Prüfungsstellen zu überprüfen und die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Unser gemeinsames Ziel ist eine digitale Prüfungsform, die technisch zuverlässig, pädagogisch sinnvoll, finanziell tragfähig und für alle Teilnehmenden chancengerecht ist.

Folgende Verbände unterstützen dieses gemeinsame Positionspapier:

AWO Bundesverband e. V.

Berufsverband für Integrations- und Berufssprachkurse e.V. (BVIB)

Bundesarbeitsgemeinschaft Andere Weiterbildung e.V. (BAW)

Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. (BAG Arbeit)

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e. V (BBB)

Dachverband der Weiterbildungsorganisationen e.V. (DVWO)

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (DVV)

Evangelische Erwachsenenbildung – Bundesverband e.V. (EEB)

Fachverband Deutsch als Fremd- und Zweitsprache e.V. (FaDaF)

Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

Katholische Erwachsenenbildung Deutschland Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KAW)

Rat der Weiterbildung (KAW) e.V.

Trägernetzwerk

Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VdP)